

# Anti-Bauern-Allianz macht mobil

Es ist der berühmte Tropfen zu viel: Nach dem 400-Millionen-Steuerprivileg im Nationalrat wenden sich immer mehr Politiker offen gegen die Bauernvertreter.

von Jonas Schmid

Schon das 400-Millionen-Franken-Geschenk an die Bauland-Bauern im Nationalrat brachte das Fass zum Überlaufen. Dazu gesellte sich die Affäre rund um Bundesrat Guy Parmelin, der sich trotz möglicher Eigeninteressen im Bundesrat massiv für das Bauernprivileg eingesetzt hatte. Noch ist die Landwirtschaftslobby unter der Bundeshauskuppel sehr gut aufgestellt. Sie umfasst etwa 40 National- und Ständeräte. Doch die Zeiten, als es sich kaum ein Politiker leisten konnte, sich offen gegen die Bauern zu stellen – aus Angst, seine Wählerschaft teilweise zu vergraulen –, sind vorbei. Die Allianz der Bauernkritiker wächst. Widerstand erwächst der Bauernlobby auch seitens der bürgerlichen Politiker, besonders aus der FDP-Fraktion.

Digitec-Gründer und FDP-Nationalrat Marcel Dobler sagt: «Die Bauern haben den Bogen überspannt.» Er brüstet sich auf Facebook, als einziger bürgerlicher Nationalrat im agrarisch geprägten Kanton St. Gallen gegen das Bauern-Privileg gestimmt zu haben. Der Unmut in der Bevölkerung über die unverfrorene Klientelpolitik des Bauernverbandes nehme zu, sagt auch der Agrarunternehmer Ruedi Noser. Die Bauern überschätzten ihren Rückhalt. Die Mehrheiten seien keineswegs gesichert. Käme es zu einem Referendum zur 400-Millionen-Steuervorlage, würde er sich über einen Hosenlupf freuen, so Noser. Die Bauernlobby im Parlament habe in den vergangenen Jahren in allen Bereichen eine fortschrittliche Politik blockiert, Anfang der Nullerjahre sei dies noch nicht so gewesen.

### Unmut in der Bevölkerung

Hinter ein mögliches Referendum stellen sich auch die FDP-Nationalräte Hans-Rudolf Bigler, Corina Eichenberger und Beat Walti. Die Grünliberale Kathrin Bertschy gilt als Politikerin, die sich in der komplexen Landwirtschaftspolitik auskennt. «Am Beispiel des Steuerprivilegs können wir die Dreistigkeit der Bauernlobby in aller Deutlichkeit aufzeigen», sagt sie. Die Bevölkerung verstehe nicht, warum

die Bauern von den Bundessteuern verschont werden sollten.

### «Krachende Widersprüche»

Von linker Seite kämpfen die beiden Basler Politiker Anita Fetz und Beat Jans sowie Konsumentenvertreterin Priska Birrer-Heimo an vorderster Front gegen die bäuerliche Politik. Die SP stimmte im Nationalrat erstmals geschlossen gegen das Bauern-Privileg, über den Röstigraben hin weg. «Die Bauernvertreter greifen derart unverfroren überall zu. Da mache ich nicht mit», sagt Fetz, die letztes Jahr mit dem Slogan «Fit für den Hosenlupf mit der Bauernlobby» für ihre Wiederwahl warb. Alle müssten sparen, gleichwohl werden die Mittel für die Bauern aufgestockt. Der Gipfel aus SP-Sicht sei aber, dass die Bauernvertreter zusammen mit den Neoliberalen regelmässig für

alle Steuerabbau-Projekte stimmten. «Für Working-Poors hat die Bauernlobby gar kein Verständnis. Ihre Politik kracht nur so vor Widersprüchen», sagt Fetz.

Auf der anderen Seite steht nebst der traditionell bauernfreundlichen SVP auch die CVP (siehe untenstehenden Artikel). Seit ihr Nationalrat Markus Ritter an der Spitze des Bauernverbandes steht, ist sie voll in der Spur der Bauernlobby. Flankiert werden SVP und CVP von der BDP und etwa einem Drittel der FDP. Diese stellt mit Bauerndirektor Jacques Bourgeois und Nationalrat Bruno Pezzati zwei gewichtige Bauernvertreter.

### Ritter kontert Vorwürfe

Ärger bereitet den Gegnern vor allem das Gebaren des Schweizerischen Bauernverbandes (SBV): «Mit der Ernährungssicherheitsinitiative gaukelt der SBV vor, neue Ideen zu haben.» Doch das Gegenteil sei der Fall: «Die SBV-Funktionäre haben null Visionen», sagt der frühere Bauer Beat Jans. Sie beschränkten sich darauf, jede Öffnung zu bekämpfen. «Ich setze mich für eine marktwirtschaftliche Agrarpolitik ein und nicht für eine, die vor dem Staat die hohle Hand macht», betont FDP-Ständerat Noser. Das ganze Wesen des Bauernverbandes bestünde darin, Staatsgelder einzutreiben. Bauernpräsident Ritter verstehe es geschickt, einen Kuhhandel im Parlament einzufädeln. «Zum Nachteil der Bauern, denn die Leute haben dafür kein Verständnis», sagt Noser.

Ritter kontert: «Ich bin überrascht, welch hohe Wellen dieses Geschäft geworfen hat. Die Tatsache, dass gleichentags der Vaterschaftsurlaub im Nationalrat versenkt wurde, spielte uns nicht in die Hände – es kam der falsche Eindruck auf, nur die Bauern bringen ihre Anliegen durch.» Politisch gesehen hätten auch die enormen Einschnitte in die Bundeskasse von total 3,9 Milliarden Franken, die durch die Unternehmenssteuerreform III und die Abschaffung der Stempelabgaben entstehen sollen, die Sensibilität enorm erhöht. Ritter nimmt es gelassen: «Mit Kritiker muss man als nationaler Politiker umgehen können.»



«Die Bauernvertreter greifen derart unverfroren zu. Da mache ich nicht mit.»

Anita Fetz

Basler SP-Ständerätin



«Ich will eine offene Agrarpolitik, nicht eine, die vor dem Staat die hohle Hand macht.»

Ruedi Noser

Zürcher FDP-Ständerat



Viel Geld für die Landwirtschaft: Die Bauernlobby im Bundeshaus ist gut aufgestellt – doch jetzt gerät sie unter Druck.  
Bild Gian Ehrenzeller/Keystone

## Kampf verschiebt sich in die öffentliche Arena

Für gewöhnlich erhält die Bauernlobby, was sie will – dank teils unzimperlicher Methoden. Doch nun fürchtet sie um ihr öffentliches Image.

von Dennis Bühler

«Ihre Skipiste haben wir besonders gut gemääääht», heisst es auf dem Werbeplakat mit dem in ein blaues Edelweiss-Hemd gekleideten Schaf. «Meine Milch kann Spuren von Alpenpanorama enthalten» auf jenem mit der Kuh. Auf beiden prangt der Leitspruch: «Gut, gibt's die Schweizer Bauern.» Kaum eine andere Branche ist derart stark um ihr Image bemüht wie die Schweizer Landwirtschaft. Ihre Vertreter sind landauf, landab auf Messen präsent, sie besuchen Schulklassen und laden zum 1.-August-Brunch. Kampagnen von Grossverteilern, die «Miini Region» oder «Aus der Region, für die Region» heissen, tragen das ihrige zum einwandfreien Ansehen bei – kaum jemand ist dem Bauernstand negativ gesinnt.

Jüngst aber hat das Image Kratzer erhalten. Erst setzten National- und

Ständerat im Dezember überall den Rotstift an, verschonten aber die Landwirtschaft, der sie 93 Millionen Franken mehr zusprachen als budgetiert. Dann entschied die grosse Kammer vor zwei Wochen, den Bauern ein weiteres Steuergeschenk von satten 400 Millionen Franken zu machen: Landwirte sollen Gewinne aus Baulandverkäufen nicht mehr versteuern müssen (der Ständerat hat seinen Entscheid auf August verschoben).

### «Von Gier verblendet»

Spätestens seit publik wurde, dass sich Weinbauer und Bundesrat Guy Parmelin für die Gesetzesänderung ins Zeug legte, von der er privat profitieren würde, gilt die gesamte Landwirtschaftslobby weit herum als «masslos».

Kritik kommt auch aus den eigenen Reihen: Bergbauer Armin Capaul, der für seine Hornkuh-Initiative mehr als

100 000 Unterschriften gesammelt hat, sagt: «Der Bauernverband ist von Gier verblendet. Seine Vertreter glauben offenbar, dass alle Steuern bezahlen sollen ausser wir Bauern.»

SVP-Präsident Albert Rösti reagiert alarmiert: «Die Kommunikation läuft für die Bauern gegenwärtig sehr schlecht», sagt er. «In der Öffentlichkeit herrscht das Bild gieriger Landwirte vor, die immer mehr Subventionen wollen.» Dabei, sagt der Bauernsohn und ETH-Agronom, habe die Landwirtschaft während der Budgetdebatte bloss eingefordert hat, was ihr zuvor vom Bundesrat versprochen worden war. Auch der Bündner Landwirt und BDP-Nationalrat Duri Campell stellt klar: «Wir wollen nicht immer mehr, wie unsere Gegner suggerieren. Wir wollen nur erhalten, was uns zusteht.»

Besorgt ist auch die Führung des Bauernverbandes. An seiner gestrigen

Sitzung habe der Vorstand das Bauland-Geschäft und dessen Auswirkungen besprochen, bestätigt Präsident Markus Ritter. Von einer Krisensitzung aber will der St. Galler CVP-Nationalrat nichts wissen. «In erster Linie arbeiteten wir 15 ordentliche Traktanden ab.» Ritter hofft, dass sich die Wogen bald glätten und wir «wieder auf der sachlichen Ebene Lösungen suchen können».

### Heikler Zeitpunkt

Der Gegenwind kommt zu einem für den Bauernverband heiklen Zeitpunkt. Voraussichtlich im nächsten Februar kommt seine Volksinitiative für Ernährungssicherheit zur Abstimmung, mit der er Massnahmen zur Reduktion des Verlusts von Kulturland und eine Qualitätsstrategie verlangt. Und die öffentliche Meinung ist nun mal trotz Imagekampagne nicht so einfach zu kontrollieren wie das Parlament.

Dort nämlich verteidigt der Bauernverband seine Mehrheiten mit zuweilen unzimperlichen Methoden. Wenn ein wichtiges Geschäft im Ständerat traktandiert ist, zeigt sich oft ein ungewohntes Bild: Dann nehmen die Bauernvertreter aus dem Nationalrat für kurze Zeit in der kleinen Kammer Platz, um ihren Kollegen auf die Abstimmungsfinger zu schauen. Vor telefonisch ausgeübtem Druck und der Drohung, zukünftige Wahlkämpfe nicht mehr zu finanzieren, schreckt die bestorganisierte Lobby genauso wenig zurück wie vor dem via Verbandsmedien orchestrierten Onlinepranger gegen Abweichler.

Wie sagte doch SVP-Präsident Rösti nach der Budgetdebatte: «Es stimmt: Ein Bauernvertreter, der neu ins Parlament gewählt wird, spürt den Druck und die Erwartungshaltung der Landwirtschaftslobby stark und direkt.»